



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

φ. β.: Aus dem Reichslande.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus dem Reichslande.

Strasßburg, 8. Februar.

Das große Experiment ist gemacht. Zum ersten Male seit seiner Wiedervereinigung mit Deutschland hat Elsaßlothringen politische Wahlen vollzogen. Sie sind dem deutschen Reiche, wie es heute dasteht und regiert wird, durchweg feindlich ausgefallen. Sehr ungerechtfertigt wäre es, wollte man diese Thatsache einfach als solche hinnehmen, ohne dem Wesen, den Motiven dieser Feindseligkeit näher nachzuspüren.

Anfangs schien die reichsländische Wählerschaft vor eine sehr klare Alternative gestellt: Anerkennung der Vereinigung mit Deutschland und Bereitwilligkeit, auf dieser Basis die politischen Verhältnisse des Heimathlandes neu zu organisiren, oder Protest gegen die Vereinigung und Ablehnung jeder Theiligung an dem Auf- und Ausbau des Reichslandes. Wer das Letztere wollte, wäre am einfachsten verfahren, wenn er sich der Wahl enthielt. In der Pariser Presse wurde denn auch Abstention Anfangs sehr dringend empfohlen. Recht drastisch malte man sich bereits die verzweifelte Lage der deutschen Regierung, ihre Blossstellung vor ganz Europa aus, wenn am Wahltag nur ein paar „preussische“ Beamte an der Urne erscheinen würden, um die vor Langweile eingeschlafenen Wahlcommissionen an den Zweck ihres Daseins zu erinnern. Aber man übersah dabei, daß in den abgetretenen Provinzen längst eine Partei dem Augenblicke der Action entgegenharrte, die ihre Parole nicht, wenigstens nicht direct von Paris zu empfangen gewohnt ist. So lenkte man denn noch bei Zeiten ein und proclamirte die Nothwendigkeit der Wahl von Candidaten, welche im Reichstage kurzweg gegen die Annexion protestiren würden. Der logische Widerspruch, die Zugehörigkeit zu einem Staate zurückzuweisen, auf Grund von dessen Gesetzen und als dessen Bürger man sich hat wählen lassen, ist freilich in die Augen springend. Indes, politisch genommen wird man keiner Partei verargen können, wenn sie sich zur Erreichung ihrer Zwecke der formalen Logik widerstreitender Mittel bedient, sobald nur dieselben sich in den Schranken der Gesetzmäßigkeit halten. Eine an den Wahlen sich theilnehmende französische Protestpartei gleicht allerdings dem Manne, der den Ast absägt, auf welchem er sitzt; aber gerade das Absägen ist ja der Zweck dieser Partei.

Von vornherein trat der Protestagitation eine den ersten Theil der oben aufgestellten Alternative vertretende Richtung entgegen, die autonomistische oder schlechtweg elsässische Partei. Ihre Aussichten schienen auf den ersten Blick nicht hoffnungslos. War doch soeben gerade der Bezirkstag von Oberelsaß, ja selbst derjenige von Lothringen, welche beide im vorigen Herbst

wegen Eidesverweigerung ihrer Mitglieder nicht beschlußfähig wurden, zu Stande gekommen. Und der erstere trat sogar mit einer Resolution hervor, die Regierung um Erlassung einer die Selbstverwaltung des Reichslandes regelnden Landesverfassung anzugehen. Dieselbe war zwar von dem Vertreter der Regierung mit dem Hinweis auf die gesetzliche Vorschrift, daß die Bezirkstage sich mit politischen Angelegenheiten nicht zu beschäftigen haben, zurückgewiesen worden, jedoch unter dem Ausdrucke des Bedauerns und überhaupt mit Worten, aus welchen sich für das Programm der elsässischen Partei die besten Aussichten schließen ließen. Die Partei trat denn auch recht verheißungsvoll auf den Plan, ganz besonders in Straßburg. Ihr hiesiger Candidat, H. Gustav Bergmann, erließ ein Manifest, das Alle, welche die Pflege des elsässischen Particularismus als das beste Mittel zur Förderung des allmählichen Verschmelzungsprozesses mit Deutschland betrachteten, durchaus befriedigen mußte. Aber nur zu bald sollte sich aufs neue bestätigen, was ich Ihnen vor Kurzem über die schwankende Haltung der elsässisch-particularistischen Partei geschrieben. Sie konnte nicht vertragen, daß das Bergmann'sche Glaubensbekenntniß von deutscher Seite mit lautem Beifall begrüßt wurde. Und nun, als die Protestcandidatur des abgesetzten Bürgermeisters Lauth ans Licht trat, als alle die kleinen Künste der häuslichen Bekehrungsversuche mit und ohne Hülfe des Pantoffels in Bewegung gesetzt wurden, als die Pariser Presse dem großen Bürger Lauth schon im voraus die (zum Glück so unblutige) Märtyrerkrone aufs Haupt setzte, ja als die Möglichkeit in Aussicht stand, daß die Anhänger Bergmann's wegen der deutschen Unterstützung von der „großen Nation“ als Verräther gebrandmarkt werden würden, da war eines schönen Morgens die Candidatur Bergmann verschwunden und die elsässische Partei proclamirte — sicherlich das traurigste Armutshzeugniß, das eine neugebildete Partei sich ausstellen kann — die Wahlenthaltung. Gewiß, die elsässische Partei befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage und die deutsche Presse hätte füglich Ueberlegung und Tact genug besitzen sollen, um herauszufühlen, daß ihre allzu freigebigen Lobpreisungen Bergmann's und seiner Freunde diese Schwierigkeiten nur vermehren konnten. Dennoch war der Beschluß der Wahlenthaltung ein ganz unverzeihlicher Fehler. In Paris war heller Jubel; man betrachtete die autonomistische Bewegung als eine verflüchtigte Belleitât. Und in der That, die junge Partei wäre vielleicht tödtlich getroffen gewesen, wenn nicht im letzten Augenblicke das Dazwischentreten eines dritten Elements sie zum Handeln aufgerüttelt hätte.

Dies dritte Element war der Ultramontanismus. Nicht jedoch das dritte in der Reihenfolge der Wirksamkeit; vielmehr waren die Merikalen diejenige Partei, die, wie bereits angedeutet, längst auf der Lauer lag; aber sie warf

die Hülle erst ab, als der Kriegsplan fertig, die Führerrollen vertheilt, die Truppen gemustert waren. Mit staunenswerther Sicherheit begann sie zu handeln. Herr Gambetta hatte die Losung ausgegeben: Unterdrückung aller politischen und confessionellen Unterschiede, Vereinigung aller Parteien zu einem gemeinsamen Proteste. Die Einzigen, die ihm in gewisser Beziehung Gehorsam leisteten, waren die Ultramontanen. Ueberall nämlich, wo sie mit einem Manne ihrer eigenen Richtung nicht durchzubringen vermochten, unterstützten sie den französisch-republikanischen Protestcandidaten, sicherlich nicht aus Schwärmerei für die französische Republik, wohl aber, weil sie in ihm eine Verstärkung der prinzipiellen Opposition gegen die Regierung zu gewinnen hoffen durften. Aber bei der Schroffheit der confessionellen Gegensätze, wie sie sich im Elsaß bis auf diesen Tag erhalten hat, mußte den Protestanten die Hilfe der Ultramontanen von vornherein verdächtig, und, nachdem sie über ihre Ziele aufgeklärt waren, gradezu schimpflich erscheinen. Denn mit cynischer Offenheit erhoben die klerikalen Candidaten, an ihrer Spitze der Pfarrer Wieterer im Wahlkreise Altkirch-Thann, die Beschwerden und die Forderungen des deutschen Ultramontanismus. Nun, man hätte es sich gefallen lassen, wenn eine Handvoll wählender Franzosen in Berlin ihren unfruchtbaren Protest niedergelegt hätte; aber Elsaßlothringen im Reichstage durch Leute vertreten zu sehen, die lediglich in denselben eintraten um die Reihen des ultramontanen Centrums zu verstärken, das konnte und durfte nicht ohne Widerspruch bleiben. Es war die Stimme des protestantischen Gewissens, welche die elsässisch-particularistische Partei wieder in die Arena rief. Nur von denen, welchen der französische Fanatismus ganz die Freiheit des Urtheils benommen hat, blieb diese Stimme ungehört.

Indeß, dieser Widerstand ist ohne praktischen Erfolg gewesen; der breite Strom des Ultramontanismus hat alles andere überfluthet, die Bestrebungen der elsässischen Patrioten, aber auch die Hoffnungen der Franzosen. Denn, wie laut auch die Pariser Blätter triumphiren, mit welcher Sicherheit auch sie die Wahlen gradezu als ein glänzendes Plebisit des elsäßlothringischen Volkes für Frankreich ausgeben mögen, — sie betrügen sich selbst; denn diese Wahlen sind nicht französisch, nicht deutsch, sie sind einfach klerikal. Von den drei einzigen reinen Protestcandidaten wären zwei, Lauth in Straßburg und Deutsch in Zabern, ohne die ultramontane Unterstützung sicherlich, der dritte, Häffely in Mülhausen, wahrscheinlich, unterlegen; somit tragen auch diese drei Wahlen die klerikale Signatur. Sollten wirklich jene französischen Protestwahlen erzielt werden, dann hätte in der That die Gambetta'sche Vorschrift genau befolgt, dann hätten alle Parteiunterschiede zum Schweigen gebracht werden müssen. Statt dessen sahen wir in sämtlichen von den Ultramontanen besetzten Wahlkreisen noch besondere französisch-republikanische Protest-

candidaten aufgestellt. Die Anhänger der letzteren konnten mit mathematischer Sicherheit die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen berechnen und dennoch unterzogen sie sich denselben. Kann es einen deutlicheren Beweis geben, daß die wahren Franzosen des Elsasses in den ultramontanen Wahlen nicht die von ihnen gewollte antideutsche Demonstration erblicken, ja daß sie es für nöthig hielten, durch ihre Separatcandidaturen gegen eine derartige Auffassung ausdrücklich zu protestiren? Die nationalen Chauvins in Paris werden also gut thun, ihre stolzen Siegesgesänge ein wenig zu dämpfen; was sie von den elsasslothringischen Wahlen gehofft, eine rein französische Demonstration ist durchaus nicht in Erfüllung gegangen. Mögen sich aber auch immerhin Gambetta und Genossen der von den Klerikalen errungenen Erfolge aus demselben Grunde freuen, aus welchem sie den Sieg der Römlinge in Baiern begrüßt haben, so tritt ihnen doch andererseits aus dem reichsländischen Gesamtwahleresultat die unbequeme Wahrheit entgegen, daß von 242,000 Stimmen über 47,000, also über ein Fünftel auf elsässische, resp. deutsche Candidaten gefallen sind. Vor zwei, drei Jahren wurde uns von den Franzosen tagtäglich aufs festeste versichert, daß von der lebenden Generation Elsasslothringens schwerlich jemals ein Mann zum Zwecke der Wahl für den deutschen Reichstag an die Urne herantreten werde; wenn aber doch, so jedenfalls nur, um einen Protestcandidaten zu wählen. Heute stehen wir vor der Thatsache, daß nicht allein über 75% der wahlberechtigten Männer aus der dumpfen Negation herausgetreten sind und sich des von Deutschland ihnen gebotenen Wahlrechts bedient, sondern daß von den Abstimmenden sich auch bereits über 20% mit der gegenwärtigen Lage ihres Landes versöhnt haben. Diese Thatsache, wie sie für Frankreich mindestens sehr unangenehm ist, kann die deutsche Verwaltung um so mehr befriedigen, als die große Masse der ihr feindlichen Wähler ja gar nicht einmal über die Frage der Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes abgestimmt hat, sondern als willenloses Werkzeug gehandhabt wurde für Zwecke, welche mit dem Wohl und Wehe des Reichslandes in keiner Verbindung stehen.

Gerade dies letztere Verhältniß aber macht die Wahlen, in ihren Folgen für Elsasslothringen selbst sehr verhängnißvoll. Die Wählerschaft hielt die nächste Zukunft ihres Landes in der Hand. Wären die autonomistischen Candidaten mit noch so geringer Mehrheit siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen, so würden die gesetzgebenden Factoren des Reichs gewiß nicht gezögert haben, das Reichsland mit einer definitiven Verfassung auszustatten. Wie das Resultat jetzt vorliegt, sind diese Hoffnungen fast vernichtet. Stände man einfachen Protestwahlen gegenüber, so möchte immerhin bis zu der nächsten Reichstagswahl eine entscheidende Aenderung erwartet werden. Allein leider ist, wie sich soeben gezeigt hat, die große Mehrzahl der elsasslothringischen

Wählerschaft in ihren politischen Handlungen andern Mächten unterworfen, als der eigenen Ueberlegung, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sie diesem Einflusse so bald zu entziehen wäre. Eine Aenderung wird also kaum eher eintreten, als diese Mächte die Feindseligkeit gegen die Reichsregierung abgelegt haben. Nun, die Organe der katholischen Kirche in Elsaßlothringen sind bisher von Seiten der Regierung mit ausgesuchter Schonung, ja Zuvoorkommenheit behandelt worden; wenn nichtsdessenweniger der Klerus jetzt der Regierung eine so schroffe Kriegserklärung ins Gesicht schleudert, so ist das nicht anders zu erklären, als daß er einem von Rom an ihn ergangenen Befehle gehorcht. Und er wird diesem Befehle gehorchen, so lange, bis ein Gegenbefehl eintrifft, d. h. bis der Papst mit dem deutschen Kaiser Frieden geschlossen hat; und das steht leider in weitem Felde.

Angeichts des auf diese Weise durch die klerikale Agitation angerichteten Unheils ist es freilich irrelevant, ob die feierliche Erklärung der Protestler vom Stapel gelassen wird, oder nicht. Verderben kann sie nichts mehr; so sieht man denn mit Gemüthsruhe oder auch mit einiger Neugierde dem großen Augenblicke entgegen. Herr Ernst Rauth, der vor 2 $\frac{1}{2}$ Jahren aus einem Municipalrath als Maire hervorging, welcher soeben im erbittertsten Kampfe gegen die ultramontane Partei gewählt worden war, wird heute, unter dem Widerspruche eines großen Theils seiner damaligen Freunde, auf den Schultern seiner ausgesprochensten Feinde in den Reichstag getragen. Gewiß eine seltsame Erscheinung. Noch seltsamer aber wird es sich ausnehmen, wenn der ehemalige Bürgermeister einer Stadt, die sich in den letzten Jahren materiel und geistig gehoben hat, wie keine einzige Stadt in Frankreich, wie kaum eine zweite in Deutschland, sein Klageged über das grausame Schicksal dieses Landes. Und was dann, wenn der Protest abgethan ist? Werden die Herren Protestler dem Reichstage auf immer den Rücken kehren? Oder werden sie nach vier Wochen aufs neue protestiren? Oder werden sie sich gar, trotz Gambetta, die Mühe nehmen, zu sehen, was sich wohl sonst im Reichstage noch thun ließe? Mögen sie thun, was sie nicht lassen können. Das deutsche Reich wird sich herzlich wenig um sie kümmern, und der Nutzen, den ihre Thätigkeit für Elsaßlothringen haben könnte, wird auf die eine wie auf die andere Weise ziemlich gleich groß sein, nämlich gleich Null.

g. B.